

Das Freiheits- und Einheitsdenkmal – zur Geschichte einer Idee

Am 13. Mai 1998 geht ein öffentlicher Rundbrief an die Bundestagspräsidentin Prof. Dr. Rita Süßmuth, den Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, den Bundesratspräsidenten Gerhard Schröder und den Regierenden Bürgermeister von Berlin Eberhard Diepgen. In dem Rundbrief heißt es: „Die friedliche Revolution vom Herbst 1989 jährt sich im kommenden Jahr zum 10. Mal. Dies wird Anlass sein, die historische Bedeutung jener Tage zu würdigen. Der Fall der Berliner Mauer war ein großes nationales, europäisches und internationales Ereignis, das einen dauernden Platz im öffentlichen Gedächtnis verdient. In den Geschichtsbüchern hat es bereits seinen Platz gefunden. Es verlangt auch nach einem öffentlichen Denkmal in der Mitte Berlins.“ Der Brief trägt die Unterschriften von Florian Mausbach, Präsident des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung, Dr. h. c. Lothar de Maizière, Ministerpräsident a. D., Günter Nooke, Mitglied des Deutschen Bundestages, und Jürgen Engert, Gründungsdirektor des ARD-Hauptstadtstudios.

Zugleich wenden sich die Initiatoren mit einer Unterschriftensammlung an die Öffentlichkeit. Innerhalb weniger Wochen findet die Idee namhafte Unterstützer, unter ihnen: Ignatz Bubis, Dr. Klaus von Dohnanyi, Prof. Götz Friedrich, Prof. Dr. Hans-Joachim Giersberg, Dr. Hans-Olaf Henkel, Prof. Jörg Immendorf, Dr. Michel Friedman, Prof. Josef P. Kleihues, Dr. Hanna Renata Laurien, Helmut Markwort, Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit, Wolf Jobst Siedler, Dr. Konrad Schily, Prof. Dr. Dr. h. c. Richard Schröder, Dr. Lothar Späth, Prof. Dr. Karl Steinberg, Hans-Peter Stihl, Prof. Dr. h. c. Dieter Stolte, Prof. Dr. Michael Stürmer, Prof. Dr. Rita Süßmuth, Prof. Dr. Hermann Weber und Prof. Dr. Michael Wolffsohn. Die Initiative aus der Mitte der Gesellschaft wird so zu einem Projekt engagierter Bürger.

Doch nicht allein die Frage nach der Notwendigkeit nationalen Erinnerns an die dramatischen Monate der Jahre 1989 und 1990 sowie an die glückliche Wiedervereinigung bewegt die Unterstützer. Das Denkmal, so die Intention, soll neben dem Rückblick auch „Anstoß sein, den demokratischen Aufbruch jener Tage fortzusetzen“ und damit Symbol und Mittelpunkt der streitbaren Demokratie werden. In einer Presseerklärung, die im Mai 1998 herausgegeben wird, äußern sich die Initiatoren auch zum Standort: „Wir halten den großen Sockel des historischen Nationaldenkmals der Schlossfreiheit für geeignet.“ In der Argumentation wird auf die besondere Lage zwischen dem benachbarten Kronprinzenpalais, in welchem am 31. August 1990 der Einigungsvertrag unterzeichnet wurde, und der Volkskammer im früheren „Palast der Republik“, die am 22. August 1990 den Beitrittsbeschluss fasste, verwiesen. Auch für die größte Demonstration der revolutionären Volksbewegung, die am 4. November 1989 mit fast einer Million Menschen auf dem

Alexanderplatz mündet, ist die Schlossfreiheit historischer Schauplatz. Lothar de Maizière begründet deshalb das Ansinnen: „Kein Ort steht so für die wechselvolle Geschichte der Deutschen wie der Schlossplatz im Herzen Berlins. Hier entschied sich die deutsche Einheit als Ergebnis der friedlichen Revolution. In Dankbarkeit wollen wir daran erinnern.“

In den Reaktionen der angeschriebenen Verfassungsorgane spiegelt sich breite Zustimmung. So versichert im Auftrag des Bundeskanzlers Dr. Helmut Kohl Staatsminister Anton Pfeifer, dass der Bundeskanzler „dem Vorschlag eines Freiheits- und Einheitsdenkmals in Berlin mit Sympathie gegenübersteht. Die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit und mit der Zustimmung all unserer Nachbarn und Freunde ist in der Tat ein Anlass, der Würdigung durch ein Denkmal in der Bundeshauptstadt verdient.“ Auch die Präsidentin des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. Rita Süssmuth, sichert „alle denkbare Unterstützung“ zu.

Das Projekt wird fortan in die öffentliche Debatte getragen. Am 8. November 1998 findet eine erste öffentliche Podiumsdiskussion statt. Auf ihr sprechen sich, nach einer Einleitung Günter Nookes, Dr. Michel Friedman, Prof. Dr. Dr. h. c. Jürgen Kocka, Dr. h. c. Lothar de Maizière und Prof. Dr. Dr. h. c. Richard Schröder unter der Moderation von Prof. Dr. Christoph Stölzl für die Errichtung des Denkmals aus. Sie konstatieren eine überraschend positive und weit überwiegende Zustimmung sowohl für die Idee als auch für den Ort, den großen Sockel des historischen Nationaldenkmals. Als Motto für einen zukünftigen Wettbewerb werden jene Losungen vorgeschlagen, die die beiden Phasen der Revolution symbolisieren und die für Freiheit und Einheit stehen: „Wir sind das Volk! – Wir sind ein Volk!“. Zugleich erwarten die Diskutanten eine lebhafte und kontroverse Diskussion, zumal durch die zwischenzeitlich erfolgte Infragestellung des Holocaust-Mahnmals die Diskussion um Denkmale in der deutschen Hauptstadt nicht leichter geworden ist. Wie schwer diese Debatte wurde, zeigen auch die parlamentarischen Beratungen im Deutschen Bundestag.

Am 13. April 2000 behandelt der Deutsche Bundestag einen überparteilichen Gruppenantrag, der am 6. April eingebracht wurde. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, in Erinnerung an die Friedliche Revolution und die Erlangung der staatlichen Einheit ein Denkmal an einem zentralen Ort in der Mitte Berlins zu errichten. Auch in diesem Antrag wird „der Sockel des alten Nationaldenkmals auf der Berliner Schlossfreiheit“ als Standort empfohlen. Das Ziel des Antrages ist es, am 3. Oktober 2000, zum 10. Jahrestag der deutschen Einheit, einen internationalen Wettbewerb zur Errichtung eines solchen Denkmals auszuloben. Erstunterzeichner des Antrages sind die ostdeutschen Abgeordneten Günter Nooke (CDU/CSU), Markus Meckel (SPD), Werner Schulz (BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN) und Cornelia Pieper (FDP). In der Begründung der Antragsteller heißt es: „Denkmäler der Schande und der Trauer, des Stolzes und der Freude sind notwendige Grundsteine des neuen Deutschland.“ Doch das Ansinnen, in welchem auf das Fehlen der Denkmäler des Stolzes und der Freude verwiesen wird, findet nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag wird an den Ausschuss für Kultur und Medien zur federführenden Beratung verwiesen und dort abgelehnt. Damit ist nicht nur der Antrag gescheitert, sondern es nimmt auch die Diskussion um ein Freiheits- und Einheitsdenkmal ein vorläufiges Ende.

Im Jahr 2005 wird die ursprüngliche Denkmalsinitiative von der Deutschen Gesellschaft e. V. adoptiert. Als anerkannter überparteilicher Träger der politischen und kulturellen Bildungsarbeit und erster gesamtdeutscher, bereits im Januar 1990 gegründeter Verein gelingt es der Deutschen Gesellschaft e. V., die Idee wiederzubeleben. Am 9. November 2006, am 17. Jahrestag des Mauerfalls, beginnt die Deutsche Gesellschaft e. V. mit einer Reihe von öffentlichen Hearings, die von der Bundeszentrale für politische Bildung, dem Bundesbeauftragten für Kultur und Medien, der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und dem Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes der DDR unterstützt wird. Mit den Hearings soll – so die Deutsche Gesellschaft e. V. in einer Presseerklärung – die Öffentlichkeit in den Diskussionsprozess einbezogen sowie Politik und Gesellschaft für das Thema sensibilisiert werden. Es gelingt, namhafte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens für die Diskussion zu gewinnen. Gleichzeitig wird die Debatte durch ein ins Internet eingestelltes Forum sowie mit zahlreichen Vorträgen, Gesprächskreisen und Veröffentlichungen in fast allen deutschen Medien begleitet. Zugleich finden erste Gespräche mit dem Staatsminister Bernd Neumann, Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien, den Ministern Wolfgang Tiefensee und Wolfgang Schäuble sowie weiteren Vertretern des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, des Bundesministeriums des Innern, des Bundespresseamtes, des Bundesrates, des Senats von Berlin und den Abgeordneten des Deutschen Bundestages statt.

An den Hearings, Vorträgen, Gesprächsrunden sowie den Diskussionen, schriftlichen und mündlichen Stellungnahmen beteiligen sich Tausende Bürger aus allen Teilen Deutschlands und dem Ausland. Die Diskussionen werden gleichsam durch einen bei der Deutschen Gesellschaft e. V. eingerichteten Arbeitskreis begleitet. Mitglieder des Arbeitskreises sind u. a. Prof. Egon Bahr, Dr. Sabine Bergmann-Pohl, Prof. Dr. Peter Brandt, Dr. h. c. Lothar de Maizière, Jürgen Engert, Florian Mausbach, Günter Nooke, Prof. Dr. Dr. h. c. Richard Schröder und Dirk Reimers.

Eine erste Hürde nimmt das Projekt mit der Aufnahme in die Gedenkstättenkonzeption des Bundes. Hier heißt es: „Die im Deutschen Bundestag derzeit diskutierte Idee der Errichtung eines Freiheits- und Einheitsdenkmals in Berlin wird ausdrücklich unterstützt. Mit einem solchen Denkmal würden auch positive Ereignisse der jüngeren deutschen Geschichte gewürdigt, die erste gelungene Revolution auf deutschem Boden und die Überwindung der deutschen Teilung. Letzteres ist im Sinne des fraktionsübergreifenden Bundestagsbeschlusses vom 30. Juni 2005, in dem ein symbolischer Ort der positiven Erinnerung und der Freude über die Überwindung der deutschen Teilung gefordert wurde.“ Damit geht das Projekt in den Zuständigkeitsbereich des Staatsministers für Kultur, Bernd Neumann, über.

Auch die Bundesstiftung Aufarbeitung initiiert noch im Jahr 2007 unter Schirmherrschaft des Bundestagspräsidenten Dr. Norbert Lammert einen Wettbewerb, in dessen Mittelpunkt die künstlerische Umsetzung der Idee eines Freiheits- und Einheitsdenkmals in Berlin steht. Die Entwürfe von 55 Studierenden geben einen ersten Eindruck vom künstlerischen Zugang zum Thema Freiheit und Einheit. Für den Präsidenten des Deutschen Bundestages ist das Ziel dieses Wettbewerbes, „in der heutigen Bilderflut ein eigenes einprägsames Bild zu finden, das zeichenhaft für die großen Ereignisse von 1989/1990 steht und diese lebendig hält“. Siegerin wird Bernadette Boebel, eine Studentin der Hochschule für Gestaltung Karlsruhe, deren Idee es ist, zwei überdimensionierte Ringhälften so zueinander zu positionieren, dass der Betrachter entweder zwei Ringteile oder aber einen geschlossenen Ring wahrnimmt. Auch die Siegerin empfiehlt als Ort ihres Denkmals den Sockel des Wilhelm I. Denkmals.

Eine weitere, entscheidende Hürde nach jahrelangem Ringen nimmt das Denkmalprojekt mit der Abstimmung vom 9. November 2007 im Deutschen Bundestag. In dem historischen Beschluss heißt es eindeutig: „Die Bundesrepublik Deutschland errichtet in Erinnerung an die friedliche Revolution im Herbst 1989 und an die Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands ein Denkmal der Freiheit und Einheit.“ Im mit großer Mehrheit angenommenen Antrag würdigt das höchste Verfassungsorgan auch das bürgerschaftliche Engagement, indem es die Bundesregierung auffordert, unter „Mitwirkung der Initiatoren des Denkmalprojektes, der Deutschen Gesellschaft e. V.“, die Konzeption für das Denkmal zu erstellen.

Anerkennung erfahren die Initiatoren auch in anderer Weise. Am 18. März 2008 erhalten Florian Mausbach, Günter Nooke, Jürgen Engert und Lothar de Maizière sowie die Deutsche Gesellschaft e. V. wegen ihrer gemeinsamen Initiative zur Errichtung des Denkmals den Nationalpreis 2008 der Deutschen Nationalstiftung. In der Würdigung heißt es: „Nach 10-

jähriger Anstrengung hat diese Bürgerinitiative erreicht, dass die erste erfolgreiche Revolution in Deutschland für Freiheit und Einheit im europäischen Kontext einen sichtbaren, zentralen Erinnerungsort erhält. Die Diskussion über die Gestaltung des Denkmals und seiner Errichtung fördert das für eine Nation unerlässliche Geschichtsbewusstsein.“

Nach monatelangen Diskussionen um den Standort, an denen sich Abgeordnete des Deutschen Bundestages, der Bundesbeauftragte für Kultur und Medien, Vertreter des Bundesbauministeriums, des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung, des Senats von Berlin, des Deutschen Historischen Museums, des Hauses der Geschichte Bonn und die Deutsche Gesellschaft e. V. beteiligen, setzt sich der bereits von den Ursprungsinitiatoren präferierte Vorschlag durch, dem Denkmal einen würdigen Platz auf dem Sockel des ehemaligen Denkmals Wilhelm I. auf der Schlossfreiheit zuzuweisen. Andere Standorte wie Pariser Platz, Leipziger Platz, Alexanderplatz, Platz der Republik oder die Westseite des Brandenburger Tores und die Nordostseite (Lustgartenseite) des aufzubauenden Stadtschlusses finden keine Mehrheit. In der Diskussion wird bewusst auf die Widersprüchlichkeit des ausgewählten Platzes verwiesen, zumal auf dem Sockel des geschliffenen Reiterdenkmals Wilhelm I. nunmehr ein Denkmal für die friedliche, demokratische Revolution von 1989 treten soll. Für die Unterstützer des Ortes liegt darin der besondere Reiz, denn mit dem Hegelschen Begriff des „Aufhebens“ soll die Dialektik der historischen Entwicklung verdeutlicht werden. Statt eines Denkmals des ersten deutschen Kaisers, der die Bismarcksche Reichseinheit von oben verordnete, tritt nun ein Bürgerdenkmal, das an eine Revolution des Volkes und damit an eine Revolution von unten erinnert.

Die künstlerische Gestaltung obliegt einem vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung bzw. dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung im Dezember 2008 ausgelobten Wettbewerbsverfahren. Der Wettbewerb wird von der Deutschen Gesellschaft e. V. in einer breiten öffentlichen Debatte mit zahlreichen medienwirksamen Veranstaltungen in allen deutschen Bundesländern begleitet. Wiederum beteiligen sich Tausende Bürger. Das Ergebnis dieses ersten Wettbewerbs, das 2009 vom Bundesministerium dokumentiert wird, zeigt höchst unterschiedliche künstlerische Interpretationen von Freiheit und Einheit. Die Entwürfe von 533 Teilnehmern finden ein lebhaftes Echo in der deutschen Medienlandschaft und setzen eine neue, auch vom Deutschen Bundestag begrüßte breite Diskussion in Gang. Dabei stehen künstlerische Ansprüche ebenso im Mittelpunkt des Interesses wie eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der deutschen Freiheits- und Einheitsgeschichte. Da keiner der Entwürfe des ersten Wettbewerbsverfahrens in der aus Sach- und Fachpreisrichtern zusammengesetzten Jury eine Stimmenmehrheit findet, um in eine neue

Wettbewerbsstufe aufgenommen zu werden, empfiehlt diese dem Auslober das Verfahren zu beenden.

Im Februar 2010 beginnt ein neuer Wettbewerb, an dem sich in einem offenen Bewerberverfahren zunächst 386 Teilnehmer mit Referenzwerken beteiligen. Im nichtoffenen Wettbewerb reichen 28 Künstler Entwürfe ein. Staatsminister Bernd Neumann verweist zugleich auf die „schwierige Gestaltungsaufgabe des Denkmals, das als Symbol der Freiheit und Einheit Deutschlands in der Mitte Berlins errichtet werden soll“. Am 3. Oktober 2010 kann der Auslober des Wettbewerbs, der Beauftragte für Kultur und Medien in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung drei Preisträger präsentieren: Prof. Stephan Balkenhol, Prof. Andreas Meck sowie Milla und Partner in Zusammenarbeit mit Sasha Waltz. Die Entwürfe aller beteiligten Künstler werden im Martin Gropius Bau der Öffentlichkeit gezeigt.

In einer am 25. März 2011 von der Deutschen Gesellschaft e. V. mit Unterstützung des Beauftragten für Kultur und Medien eröffneten Ausstellung auf dem historischen Sockel an der Schlossfreiheit werden die Entwürfe erneut dokumentiert. Die öffentliche Ausstellung verweist aber auch auf die historische und kulturhistorische Bedeutung des Ortes, die Geschichte der deutschen Freiheits- und Einheitsbestrebungen und die Idee, an diesem Platz ein Freiheits- und Einheitsdenkmal zu errichten.

Nach langen und intensiven Diskussionen über die drei preisgekrönten Entwürfe präsentieren am 11. April 2011 die Auslober dem Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages den Siegerentwurf. Danach „löst“, wie Staatsminister Bernd Neumann feststellt, „die Arbeit von Milla und Partner mit Sasha Waltz mit dem Titel ‚Bürger in Bewegung‘ die Thematik des Freiheits- und Einheitsdenkmals am besten und eindrucksvollsten.“ Rainer Bomba, Staatssekretär im Bundesbauministerium, ergänzt: „Das neue Denkmal wird für viele Menschen ein attraktiver Ort des Erinnerns und der Freude werden.“

Dem Bau des Denkmals steht nun nichts mehr im Weg. Doch die Diskussionen über die Inhalte von Freiheit und Einheit werden ganz im Sinne der Beteiligten weitergehen. Denn das Denkmal soll als Symbol und Mittelpunkt der streitbaren Demokratie nicht nur Rückblick bieten, sondern wie es bereits 1989 hieß „Anstoß sein, den demokratischen Aufbruch jener Tage fortzusetzen“.

Dr. Andreas H. Apelt, geb. 1958, Studium der Geschichte und Germanistik an der Humboldt-Universität Berlin; Promotion in Politikwissenschaften; 1989/90 Berliner Landesvorsitzender des Demokratischen Aufbruchs; 1990 Gründungsmitglied und seit 1991 Vorstandsbevollmächtigter der Deutschen Gesellschaft e. V.; Herausgeber & Autor zahlreicher Publikationen.